

# Bürgermeister versteht den Kreis nicht mehr

**Windkraft:** Reiner Allerdissen wehrt sich mit allen Mitteln gegen ein Schreiben aus Paderborn

Von Jens Reddeker

■ **Borchen.** Die Bombe schlug per Fax im Borchener Rathaus ein. Im Rechtsstreit um die Genehmigung eines Windrades in Etteln setzt der Kreis Paderborn die Kommune durch ein Schreiben gehörig unter Druck. So sehr, dass Bürgermeister Reiner Allerdissen (SPD) für den 10. Juli eine Sondersitzung des Bau- und Umweltausschusses einberufen hat. Auch mit Juristen hat er sich bereits beraten.

Verweisend auf einen Vergleichsvorschlag des Verwaltungsgerichts Minden vom 17. Juni fordert der Kreis vom Bürgermeister die Zustimmung, dass das Paderborner Unternehmen Westfalenwind ein Windrad in Etteln errichten darf. „Hammerhart“ findet Allerdissen das dreiseitige Schreiben vom Tag der Urteilsverkündung, das der NW vorliegt. Seine Begründung: „Der Kreis hatte vorher unserem neuen Flächennutzungsplan zugestimmt und weiß, dass dieser Standort außerhalb der Konzentrationszonen liegt.“ Der Flächennutzungsplan wurde am 11. Juni vom Borchener Gemeinderat verabschiedet, um den Bau von Windanlagen zu regulieren. Er ist seit dem 25. Juni in Kraft.

Allerdissen ist überzeugt davon, dass die Gemeinde rechtswidrig handeln würde, wenn sie ihr Einverständnis für eine

Anlage außerhalb der Konzentrationszone gäbe.

Im Schreiben an die Gemeinde, das mit „Eilt sehr“ überschrieben ist, drängt der Kreis darauf, Borchen möge bis zum 2. Juli das so genannte „gemeindliche Einvernehmen“ erteilen. Die Begründung: So könnte Westfalenwind mit der Anlage „noch an der nächsten Ausschreibungsrunde zum 1.8.2019 teilnehmen“. Bei der Ausschreibung geht es fürs Unternehmen darum, eine Konzession für die Netz-Einspeisung des Windstroms zu erhalten.

Da die Kreisverwaltung möglicherweise gehaut hat, dass ihre Ansicht in Borchen für wenig Begeisterung sorgt, werden für den Fall einer Ablehnung des Einverständnisses schwere Geschütze aufgeföhren. Der Kreis will die Gemeinde dann überstimmen. Im Fachjargon heißt es, das gemeindliche Einvernehmen würde „ersetzt“.

Allerdissen lässt sich davon nicht beeindrucken. Im Gespräch mit der NW berichtet er davon, dass er „vorsorglich das gemeindliche Einvernehmen bereits verweigert“ habe. Endgültig müsse der Bau- und Umweltausschuss am 10. Juli darüber abstimmen, in dessen Aufgabenbereich das Vorgehen falle.

Bleibt es bei der Ablehnung, deutet der Kreis an, dass das Klageverfahren (Westfalenwind wollte ursprünglich vier Anlagen errichten) fortgeführt würde, der neue Borchener Flächennutzungsplan vom Verwaltungsgericht überprüft würde und „möglicherweise mehr Anlagen für zulässig erachtet würden“.

Zusätzlich bringt der Kreis mögliche Schadensersatzansprüche von Westfalenwind ins Gespräch. Wohl für den Fall, dass unrechtmäßig eine Genehmigung verweigert würde. „Wie der Kreis dazu kommt, den von ihm selbst abgenickten Flächennutzungsplan so in Zweifel zu ziehen, ist mir absolut schleierhaft“, sagt Borchens Bürgermeister, der sich weiter wehren will.



**Lukrativ:** Die Windkraft ist ein einträgliches Geschäft.

FOTO: WILFRIED HIEGEMANN